

6. Juni 2017, 18:58

SZ-Serie "Globalisierung am Ende?" (7)

Ohne Rechte gibt es keine Freiheit

Christian Felber kämpft für einen faireren Handel und will Firmen belohnen, die dem Gemeinwohl dienen. Denn noch immer rentiert sich aus seiner Sicht das Foulspiel.

Interview von Alex Rühle



Christian Felber, geboren 1972, ist Initiator der Gemeinwohlökonomie und des Projekts "Bank für Gemeinwohl". Im März erschien sein neues Buch "Ethischer Welthandel. Alternativen zu TTIP, WTO & Co" (Deuticke Verlag).

(Foto: imago/Rudolf Gigler)

Nach dem Fall der Berliner Mauer schien die Globalisierung unaufhaltsam zu sein. Für Befürworter wie für Kritiker wurde sie zum Begriff unserer Epoche. Eine Feuilleton-Serie fragt, ob die weltweite Verflechtung in der Ära von Donald Trump, von Populismus und neuem Nationalismus ins Stocken gerät - und wie es eigentlich weitergeht mit dem globalen Bewusstsein.

SZ: In Österreich forderten 135 Ökonomen, dass Ihr Foto aus einem Schulbuch entfernt wird. Sie standen da neben Ökonomen wie Marx, Meynard Keynes oder Milton Friedman. Einige forderten gar, dass das ganze Buch aus dem Verkehr gezogen wird. Sind Sie so ein schlimmer Mensch?

Christian Felber: Da müssen Sie die Ökonomen fragen. Die sagten, ich sei kein Wissenschaftler und akademischer Ökonom. Das stimmt. Sie haben aber auch gesagt, ich sei vor allem ein Aktivist. Das stimmt nicht, ich habe sechzehn Bücher geschrieben und unterrichte an Universitäten. Den Schulbuchautoren ging es darum, Menschen mit möglichst unterschiedlichem Blick auf das Wirtschaftsgeschehen abzubilden.

Das ist ihnen gelungen. Sie sind ein scharfer Kritiker der Globalisierung und unseres bestehenden Freihandelssystems. In Ihrem letzten Buch schreiben Sie, der Freihandel sei eine "Goldene Zwangsjacke". Warum?

Weil der vermeintliche Freihandel in Wahrheit ein Zwangshandel ist. Freihandel suggeriert, dass sich Länder frei entscheiden können, wie offen sie sein wollen. Das können sie aber nicht. Sie dürfen ausländische Investitionen nicht mehr regulieren. Sie dürfen öffentliche Dienstleistungen nicht mehr so gestalten, wie sie es für richtig halten. Und sie können keine freie Arbeitsmarkt-, Struktur- und Regionalpolitik gestalten. Wo ist da die Freiheit? Das ist ein multipler Zwang für demokratische Gemeinwesen. Deshalb habe ich "Freihandel" durch "Zwangshandel" ersetzt. Der Begriff "Goldene Zwangsjacke" stammt vom NYT-Kolumnisten Thomas Friedman, der die Strukturanpassungsprogramme des IWF in den neunziger Jahren beobachtet hat, die darin bestanden, dass arme Länder öffentliche Güter privatisieren und Sozialleistungen streichen mussten. Die außerdem auf Teufel komm raus exportieren mussten und dabei die Grenzen aufreißen mussten wodurch sie schutzlos der Weltmarktkonkurrenz ausgeliefert waren. Der indonesische Wirtschaftsminister bezeichnete dieses Gesamtpaket Friedman gegenüber als Zwangsjacke. Friedman machte daraus eine "goldene Zwangsjacke", weil er glaubte, dass das Ganze gut für Indonesien sei.

Jetzt haben Sie auch gleich den Begriff des Freihandels dekonstruiert. Aber hat dieser Freihandel uns Europäern und auch den Amerikanern nicht immerhin Wohlstand und Wachstum beschert?

Völlig falsch. Es gibt kein einziges Beispiel dafür, dass ein Land durch Freihandel wohlhabend geworden wäre. Alle wohlhabenden Länder mit hohem Prokopfeinkommen haben das durch Protektionsmaßnahmen geschafft, indem sie also ihre Wirtschaft generell oder einzelne Branchen geschützt haben. Der deutsche Zollverein hat sich das im 19. Jahrhundert von Großbritannien abgeschaut und Zölle von 60 Prozent eingehoben - nur so konnte Deutschland seine erste Industrialisierungswelle im 19. Jahrhundert erfolgreich durchlaufen. Die Länder, die heute zum Freihandel gezwungen werden, haben ein geringeres Prokopfeinkommen als Deutschland, die USA oder Großbritannien im 19. Jahrhundert. Während Deutschland aber damals Schutzzölle von 60 und die USA von 40 Prozent hatten, zwingen die beiden Länder heute afrikanischen oder lateinamerikanischen Ländern auf, alle Zölle zu eliminieren.

Aber wenn sie sagen, dass der Protektionismus uns den Wohlstand beschert hat, hat dann Trump aus wirtschaftlicher Sicht doch Recht mit seiner neuen Politik der Abschottung? Er propagiert ja Strafzölle und andere protektionistische Zwangsmaßnahmen.

Es ist nicht komplett falsch, wenn er darauf reagiert, dass die Medianeinkommen in den letzten 30 Jahren in den USA nicht nur nicht gewachsen, sondern gesunken sind und die Zahl der prekären

Jobs zunimmt. Er reagiert aber völlig unsystematisch, unsolidarisch und nationalistisch. Das ist das genaue Gegenteil eines ethischen [Welthandels](#).

Womit wir bei einem ganz zentralen Begriff Ihrer eigenen Theorie wären. Sie propagieren eine völlig neue, andere Form des internationalen Handels und haben die sogenannte Gemeinwohlökonomie entwickelt, in der ethisches Wirtschaften belohnt wird. Wie könnte das umgesetzt werden?

Mein pragmatischer Vorschlag, mein Tanzkleid statt der Zwangsjacke ist, dass jedes Land die Freiheit haben soll, sich so weit zu öffnen oder zu schützen, wie es will. Allerdings müssten sich alle Länder zu ausgeglichenen Handelsbilanzen verpflichten. Nur dann kann kein Land seine Exportstärke oder sein Schutzbedürfnis gegenüber anderen ausspielen.

Den Vorschlag werden viele Deutsche angesichts unserer Handelsüberschüsse nicht gerne hören.

Die Regierung vielleicht nicht. Aber viele Menschen in Deutschland wünschen sich eine gerechte Welt und keine, in der einer auf Kosten eines anderen Gewinne macht.

Kann man Ihren Ansatz also, Trump paraphrasierend, so zusammenfassen: Nicht "Irgendein Nationalstaat first", sondern "Ethik first": Kooperation statt Konkurrenz.

Ja. Von dieser Warte aus sind Deutschland und die USA gleich egoistisch, weil sie beide die nationalen Interessen über die internationalen Interessen stellen und - im Falle Deutschlands - andere Staaten in den Ruin treiben.

Warum?

Wenn ich es zu meinem langfristigen strategischen Ziel mache, Ihnen jedes Jahr mehr zu verkaufen als ich ihnen abkaufe, dann sind Sie mathematisch zwingend irgendwann insolvent. Und das ist genauso zwischen den Staaten.

Angela Merkel sagte gerade, Europa müsse sich auf sich selbst besinnen. Sie haben vor Monaten schon geschrieben, die Alternative zu Trump laute "Nein" zu Ceta und "Ja" zu einer EU-Handelspolitik auf Basis ihrer Werte. Sie insinuiert damit, Europa sei in sich gerechter, weil es ein Wertekorsett habe. Wie müsste diese neue Handelspolitik aussehen?

Zuerst gilt es zu prüfen: Inwieweit setzt die EU ihre eigenen Werte in Form einer Sozialunion und Steuerkooperation um und wird so zu einem sozialen Friedensprojekt? Ein EU-Handelsmodell "auf Basis ihrer Werte" könnte so aussehen: Die EU bietet allen Ländern an: Lasst uns die Einklagbarkeit der Menschenrechte, Arbeitsrechte, Umwelt- und Klimaschutz oder Steuerkooperation zur Grundlage für freieren Handel machen und gegen die Verweigerer schützen. Das wäre sensationell. Eine solche ethische Handelszone würde auch beinhalten, dass Länder, die Investitionen regulieren wollen, das auch dürfen. Und dass Länder, die noch nicht auf gleichem Einkommensstand und technologischem Niveau sind, ihre Wirtschaftssektoren schützen dürfen. Das wären dann endlich gleiche Spielregeln für alle.

Klingt beeindruckend idealistisch. Zumal Sie ja die WTO für gescheitert erklären und fordern, dass die UNO die neuen ethischen internationale Regeln für die Weltwirtschaft aufstellt. Ist es nicht reichlich naiv, auf die UNO zu hoffen?

Warum? Das ist genauso realistisch und unrealistisch, wie den Freihandel einfach außerhalb der UNO zu installieren. Der ist ja nur deshalb und übrigens gegen den Willen von über hundert armen Ländern durchgesetzt worden, mit Kanonenbootdiplomatie, weil die EU ihre Macht dafür eingesetzt hat.

Und jetzt soll dieselbe EU quasi das Gegenteil durchsetzen?

Die Regierungen haben sich meiner festen Überzeugung nach gegen den Willen der eigenen Souveräne für den "Freihandel" entschieden. Wenn man die Menschen fragen würde: Sollen wir die Spielregeln für den Welthandel außerhalb der UNO ohne Rücksicht auf Menschen- und Arbeitsrechte, Klima- und Umweltschutz kulturelle Vielfalt und sozialen Zusammenhalt festlegen oder innerhalb der UNO unter Berücksichtigung all dieser Punkte? Ich kann mir kein Land vorstellen, dessen Bevölkerung für die [WTO](#) stimmen würde.

Na, Sie sind ja ein Idealist. Orwell schrieb schon 1945, es sei "keineswegs sicher, dass wir uns höhere Löhne, kürzere Arbeitszeiten, bessere Wohnungen, eine umfassende Sozialversicherung leisten können, wenn wir die Vorteile preisgeben, die wir aus der kolonialen Ausbeutung ziehen." Ersetzt man "Kolonialismus" durch den "globalisierten Kapitalismus", gilt das doch immer noch. Die einen gewinnen, weil die anderen verlieren. Mit anderen Worten: Die meisten Europäer, die Sie für so idealistisch halten, wissen doch genau, wie sehr sie vom bestehenden System profitieren und wollen das nicht aufgeben oder teilen.

Es gab ja schon zwei Anläufe, eine gerechtere Weltordnung durchzusetzen: Am Ende des Zweiten Weltkriegs wollten alle Länder bis auf eines eine Handelsorganisation in Verbindung mit den Menschenrechten, mit Rohstoffpreisregulierung, ausgeglichenen Handelsbilanzen und mit Arbeitsrechten einführen. Das war unterschriftsreif. Nur die USA haben sich quergestellt und das am Ende abgeschossen. 1967 haben dann 77 Staaten wiederum die Regelung des [Welthandels](#) innerhalb der UNO vorgeschlagen. So entstand die UNCTAD. Die Regierungen von Deutschland und Österreich bis USA und Kanada haben das boykottiert, weshalb die UNCTAD keinerlei Regelungskompetenz hat.

Und Sie hoffen jetzt auf einen dritten Anlauf?

Die EU müsste mit einer weiteren Gruppe von Staaten eine ethische Handelsgruppe starten und nicht darauf warten oder es davon abhängig machen, dass die USA, Großbritannien, China oder Russland mitmachen. Sondern einfach darauf bauen, dass das langsam wächst. Die WTO hat anfangs auch mit nur rund 70 Staaten begonnen.

Aber es waren ja auch die stärksten Staaten an Bord.

Die EU ist die größte Handelsmacht der Welt.

Sie sagen selbst, dass die Regierungen das nicht machen werden, hoffen aber auf eine Art basisdemokratische Korrektiv?

Ich hoffe nicht, ich arbeite dran.

Und zwar wie?

Mit dezentralen Verfassungskonvente auf kommunaler Ebene. Jeweils 50 bis 100 Menschen überlegen beispielsweise: Soll die EU ihre Außenwirtschaftspolitik nach dem Paradigma des

Freihandels, des "Protektionismus" oder des ethischen Welthandels ausrichten? Dann wird abgestimmt von allen. Und es gewinnt der Vorschlag, der den geringsten Widerstand hervorruft. Dann haben die Lobbys keine Chance. Wir hätten stattdessen das Meinungsbild einer Kommune. Aus den kommunalen Konventen müsste dann ein Bundes- oder sogar europäischer Konvent zusammentreten, der sich anschaut, welche Fragen am häufigsten verhandelt wurden und welche Alternativen erarbeitet wurden. Die häufigsten Lösungen werden dann deutschland- oder europaweit abgestimmt. Das Ergebnis ersetzt die aktuelle Freihandelspflicht im Lissabon-Vertrag.

All das ist aber doch Zukunftsmusik. Reden wir lieber davon, dass Sie Unternehmen dazu auffordern, eine Gemeinwohlbilanz zu erstellen. Das machen einige ja bereits, oder?

Seit sechs Jahren. Insgesamt 2250 Unternehmen, die es nicht länger akzeptieren, dass sie höhere Preise haben, wenn sie sich sozial engagieren oder nachhaltig produzieren...

In Verfassungen steht, dass das übergeordnete Ziel der Wirtschaft das Gemeinwohl ist. Im Grundgesetz steht in Artikel 14, dass Unternehmenseigentum verpflichtet und dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll. Wir schlagen vor, zwei Sätze zu ergänzen: Unternehmen sollen nachweisen, was sie zum Gemeinwohl beitragen. Und Unternehmen, die einen höheren Beitrag zum Gemeinwohl leisten, sollten rechtliche Anreize und Vergünstigungen bekommen, damit aus ihrem heutigen Wettbewerbsnachteil ein -vorteil wird. Die 400 Unternehmen - von der Sparda München bis VAUDE, vom Kartoffelkombinat bis elobau - messen jetzt schon, wie sie die Verfassungsgrundwerte Menschenwürde, Solidarität, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Demokratie leben. Das Ergebnis ist bewertbar in maximal 1000 Gemeinwohl-Punkten. An das Ergebnis sind rechtliche Anreize geknüpft, das ist das Entscheidende. Sonst kann man die Unternehmen nicht effektiv belohnen und in die gewünschte Richtung steuern. Am Ende sollten die ethisch erzeugten Produkte für die Endverbraucher preisgünstiger sein als die weniger ethischen. Dann werden sich nur noch die nachhaltigen Unternehmen auf dem Markt halten können.

Schön und gut, diese Firmen und Banken bekennen sich zu Werten wie Vertrauen, Wertschätzung, Solidarität und Kooperation. Nun weiß man aber leider aus der Spieltheorie, dass derjenige, der unfair spielt, im Vorteil ist. Wie können diese Unternehmen konkurrenzfähig bleiben? Und wie bestraft man die anderen?

Das ist genau unser Ausgangspunkt. Behandelt man die Foulplayer und die Fairplayer gleich, dann setzen sich die Foulplayer durch. Fouls müssen geahndet, Faires Spiel belohnt werden, solange bis Foul spielen teurer ist als fair spielen.

Gibt es denn Gemeinden oder Bundesländer, die sich Ihrer Gemeinwohlidee verpflichtet haben?

Die Landesregierungen von Salzburg, Valencia und Baden-Württemberg haben das in ihre aktuellen Regierungsprogramme aufgenommen. Speerspitze ist Valencia, da kommen schon die ersten Gesetze, die ein landesweites Register vorsehen, in dem alle Gemeinwohlbetriebe eingetragen und dann mit Vorrang im öffentlichen Einkauf, günstigeren Krediten oder niedrigeren Steuern belohnt werden.

URL: <http://www.sueddeutsche.de/kultur/serie-globalisierung-am-ende-ohne-rechte-gibt-es-keine-freiheit-1.3535297>